Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 62. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend, 14 März 1925

Genfer Beratungen.

Es gibt wohl kaum noch einen Sterblichen, der sich in den Irrungen und Wirrungen der Genfer Völkerbundsberatungen zurechtfindet. Die Fäden laufen derartig durcheinander, zerreißen, werden neu geknüpft, werden mit anderen verbunden, daß wohl selbst die Mitglieder des Völkerbundsrats nicht mehr wissen, woran sie eigentlich sind. Denn die Fäden werden ja nicht nur geknüpft, verwirrt und zerrissen in Genf, sondern vor allen Dingen in London und Paris.

Es ist immer wieder der wirre Komplex des Sicherungsproblems, von dem ausgegangen werden muß, will man das verstehen, was zurzeit oder vielmehr seit Monaten in Genf vor sich geht. Der Ausgangspunkt ist die Septembertagung der Völkerbundsversammlung, auf der bekanntlich Herriot und Macdonald ihre großen Reden gehalten haben und damit eine Lösung des Abrüstungs- und Sicherheitsproblems einzuleiten schienen. Entsprechende Kommissionen wurden eingesetzt, aber gleich von vornherein auch eine dafür, wie man die Militärkontrolle in den ehemaligen vier Mittelmächten Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien gestalten sollte. Also von vornherein war die Sonderbehandlung dieser vier Mächte ins Auge gefaßt, und zwar nur nach der Verpflichtungs-, aber nicht nach der Berechtigungsseite. Dieser Genfer Militärkontroll-Ausschuß hat, wie erinnerlich ist, einen Vorschlag ausgearbeitet, ebenso wie die Kommission, die die Schaffung eines internationalen Sicherungsabkommens gegen den Krieg zur Aufgabe gestellt erhalten hatte.

Eine neue Verwicklung trat zunächst dadurch ein, daß die neue englische konservative Regierung auf diesen Sicherungs-Entwurf überhaupt nicht mehr zurückkam, es der Partei Macdonalds im Unterhaus auch nicht gelang, irgendeine präzise Stellungnahme des Kabinetts Baldwin zu dem Genfer Entwurf zu erzwingen. Die zweite Schwierigkeit zeigte sich darin, daß Deutschland erklärte, es könne in den Völkerbund nicht eintreten, wenn uns gegenüber als einer völligen entwaffneten Macht die Verpflichtungen dieses Sicherungsabkommens nicht abgeändert bzw. überhaupt unserer tatsächlichen militärischen Lage entsprechend aufgehoben würden. Eine derartige Forderung Deutschlands ergab sich eben ohne weiteres aus der Unmöglichkeit, uns vor dem Angriff der kleinsten europäischen Macht zu schützen.

Nun kommt das Dritte, das Merkwürdigste: Auch Frankreich hat nach einem Ministerrat, der sogar unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumergue tagte, erklärt, daß Frankreich an den Grundsätzen jenes Genfer Protokolls zwar festhalte, aber gegen die eventuelle Ersetzung des Protokolls durch andere Garantiemöglichkeiten nichts einzuwenden habe. Eine Erklärung, die Herriot übrigens den französischen Pressevertretern gegenüber in einer Unterredung bestätigt hat.

Damit ist also die ganze Arbeit in Genf in die Luft gesprengt und Frankreich hat in der Frage des Sicherungsabkommens praktisch freie Hand, — was der Zweck der ganzen Übung ist. Diesem Problem gegenüber und ebenso dem zweiten, uns noch viel mehr berührenden, nämlich der Militärkontrolle des Völkerbundes in Deutschland, ist die Bereitwilligkeit, uns im Völkerbundrat einen Sitz zuzugestehen, von nicht gerade sehr erheblicher Bedeutung. Wenn der Völkerbund an seiner bisherigen Politik gegenüber Deutschland festhält, so dürfte es sich für uns erübrigen, in Genf eine Figurantenrolle zu spielen.

Viel wichtiger ist die Tatsache, daß der Völkerbundsrat die Regelung der vom Völkerbund auszuübenden Militärkontrolle in der entmilitarisierten Rheinzone überhaupt auf die nächste Ratstagung im Juni verschieben will. Das läßt nämlich allerhand Rückschlüsse zu. Zunächst den einen, daß sich dieser Völkerbundsrat, dessen oberste Bestimmung es ist, Hüter und Bewahrer der Bestimmungen des Versailler Vertrages zu sein, nunmehr entschlossen hat, den schweren Vertragsbruch der Entente, wie er in der Nichträumung der Kölner Zone zum Ausdruck kommt, stillschweigend zu billigen. Bekanntlich überträgt der Versailler Vertrag die Fortsetzung der Militärkontrolle in Deutschland nach ihrer Beendigung durch die Entente sofort dem Völkerbund selbst; dieser hält es nicht für notwendig, sein Recht geltend zu machen. Vielmehr läßt der Beschluß des Völkerbundsrats, die Formen seiner Militärkontrolle erst im Juni zu beraten, ohne weiteres darauf schließen, daß man in Genf damit rechnet, die neue Militärkontrolle der Entente werde frühestens nach diesem Termin beendet sein. Noch liegt nicht einmal der Bericht der ententistischen Militärkontrollkommission endgültig vor, obwohl man ja mit dem Inhalt dieses Berichts vor zwei Monaten die Nichträumung der Kölner Zone zu „begründen" versucht hat.

Eine vorläufig noch unbestätigte Nachricht will wissen, daß der englische Außenminister Chamberlain in einer geheimen Sitzung des Völkerbundsrats verlangt hat, daß Deutschland um bedingungslose Zulassung nachsuchen müsse, wenn es in den Völkerbund einzutreten wünsche. Damit wäre eine Entscheidung Englands, die es bisher immer sorgfältig vermieden hat, auf die deutsche Note vom 7. Januar 1925 gefallen, in der wir unsere Bedenken gegen einen bedingungslosen Eintritt Deutschlands geltend machten und die nur bei Frankreich auf schärfsten Widerspruch stieß. Diese englische Stellungnahme würde dann wohl auf eine Geneigtheit Deutschlands, einzutreten in diesen Völkerbund, außerordentlich abkühlend wirken, um so mehr, als die ganze französische Politik dahin geht, das Sicherheitsproblem fern von Genf in den Verhandlungen der Kabinette zu lösen. Bloß, um in Genf mitzumachen, dürfen wir auf die Geltendmachung unserer Lebensinteressen nicht verzichten.

Die bürgerliche Einheitskandidatur gescheitert.

Kandidaturen Jarres, Marx und Hellpach.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 13. März. Die Verhandlungen über die Aufstellung einer bürgerlichen Sammelkandidatur Geßler sind endgültig gescheitert. Der Loebell-Ausschuß hat gestern abend endgültig beschlossen, an der Kandidatur Jarres festzuhalten. Daraufhin hat das Zentrum in seinem Reichsparteiausschuß beschlossen, Marx vom Zentrum aus für die Präsidentschaft zu präsentieren.

Jarres hat endgültig angenommen. — Auch die Wirtschaftspartei für Jarres. — Eine Erklärung des Loebell-Ausschusses.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 13. März. Vom Loebell-Ausschuß wird der TU. folgende Erklärung übermittelt: Der unter dem Vorsitz des Staatsministers von Loebell beratende Ausschuß für die Reichspräsidentenwahl hat gestern abend nochmals mit Vertretern des Zentrums und der deutschdemokratischen Partei über eine gemeinsame Kandidatur aller bürgerlichen Parteien und Organisationen verhandelt. Von der Zentrumspartei war für diese Sitzung eine bestimmte Erklärung über die Teilnahme an einer gemeinsamen bürgerlichen Kandidatur in Aussicht gestellt. Diese Erklärung wurde auch in dieser Sitzung nicht abgegeben, obwohl die Verhandlungen des Ausschusses bereits viermal vertagt waren und zwar lediglich, um dem Zentrum Zeit für seine Entscheidung zu lassen. Durch die Verzögerung der Verhandlungen wurden sachliche Schwierigkeiten, die inzwischen für eine gemeinsame Kandidatur Geßler in breiten Kreisen mehrerer bürgerlichen Parteien aufgetaucht waren, verstärkt. Der Ausschuß hat dann, nachdem die Vertreter des Zentrums und der deutschdemokratischen Partei auf die weitere Teilnahme an den Beratungen verzichtet hatten, an der schon am Sonnabend endgültig beschlossenen Kandidatur Jarres festgehalten. Oberbürgermeister Dr. Jarres hat die Kandidatur endgültig angenommen. Auch die Vertreter der Wirtschaftspartei haben sich ausdrücklich in den weiteren Verhandlungen dieser Kandidatur angeschlossen. Die Bayerische Volkspartei, dessen Vertreter wegen einer dringenden Reise nach München am Abschluß der Verhandlungen nicht mehr teilnehmen konnte, wird umgehend um Stellungnahme ersucht werden. Die in Betracht kommenden bürgerlichen Organisationen unterstützten gleichzeitig die Kandidatur Jarres.

Hellpach demokratischer Präsidentschaftskandidat.

Berlin, 13. März. Der Vorstand und der Parteiausschuß der deutschdemokratischen Partei beschloß einstimmig, den badischen Staatspräsidenten Professor Dr. Hellpach zum demokratischen Kandidaten für die Präsidentenwahl zu proklamieren. Der Beschluß wurde vom Parteivorstand und Parteiausschuß mit großem Beifall aufgenommen.

Die französische Presse zur Rede Chamberlains.

Paris, 13. März. Zur Rede Chamberlains in Genf schreibt der Temps: Die Vertagung der Beratungen über das Protokoll kommen einem Verzicht gleich. Jetzt bleibe zur Wahrnehmung der Sicherheit nur noch der Versailler Vertrag übrig, dessen Bestimmungen bedingungslos eingehalten werden müßten, da sie den letzten Schutzwall des Friedens bildet. Journal de Debats meldet aus Genf, daß die Rede Chamberlains in französischen Kreisen geteilt aufgefaßt werde. Die Anspielungen auf einen erweiterten Mächtepakt haben tiefen Eindruck gemacht. Man sei jedoch der Annahme, daß die Rede Chamberlains die Tür zu weiteren Verhandlungen offen lasse. Intransigeant bringt eine Erklärung Briands, daß die Aussprache in Genf zu den wichtigsten Ereignissen der Weltgeschichte gehört. Die Gründe des Protokolls seien noch nie in dieser bestimmten Form öffentlich mitgeteilt worden.

Vertrauliche Ratssitzung des Völkerbundes über die Saarfrage.

Genf, 13. März. In der vertraulichen Ratssitzung am Donnerstag nachmittag wurde die neue Saarregierung gewählt und der schwedische Vorschlag geprüft, der einen augenblicklichen Wechsel im Präsidium der Saarregierung vorsieht. Von amtlicher Seite wird dem Vertreter der TU. versichert, daß mit einer Wiederwahl des Franzosen Rault zu rechnen sei. Der englische Vertreter werde aber den schwedischen Vorschlag unterstützen, so daß Rault nur noch ein Jahr den Vorsitz führen wird.

Beschleunigte Arbeiten des Völkerbundes

Genf, 13. März. Der Völkerbundsrat hat beschlossen, seine Arbeiten bis Sonntag zu erledigen. Für Freitag stehen die Saarfrage und die Danziger Frage auf der Tagesordnung.

Chamberlain gegen das Genfer Protokoll.

Genf, 12. März.

Der englische Außenminister Chamberlain hielt in der heutigen Sitzung des Völkerbundsrats seine mit großer Spannung erwartete Rede, deren Inhalt allerdings keine Überraschung brachte. Denn aus Zeitungsmeldungen war schon vorher bekanntgeworden, daß England dem sogenannten Genfer Sicherheitsprotokoll, das den Ausbruch von Kriegen durch besondere Bestimmungen verhindern soll, nicht seine Zustimmung geben könne. Diesen Standpunkt vertrat Chamberlain auch in seiner heutigen Rede. Chamberlain begründete diese Stellungnahme mit der Haltung der Dominions, die sich der Ratifizierung des Genfer Protokolls widersetzen würden. Das Protokoll in seiner gegenwärtigen Form biete unüberwindliche Schwierigkeiten. Er ließ allerdings die Möglichkeit einer neuen Prüfung des Protokolls durch die nächste Vollversammlung offen und empfahl mit Nachdruck besondere Garantieverträge zwischen denjenigen Staaten, die aufeinander angewiesen sind.

Schiedsgericht im Eisenbahnerstreik

Die Einigungsverhandlungen gescheitert.

Berlin, 12. März.

Im Reichsarbeitsministerium haben heute zwischen der Hauptbahnverwaltung der Reichsbahn und den Tariforganisationen der Eisenbahner Einigungsverhandlungen stattgefunden. Die Verhandlungen haben jedoch zu keinem Ergebnis geführt. Der Reichsarbeitsminister hat darauf die Einsetzung eines Schiedsgerichts angeordnet, das am Donnerstag zusammentritt. Das Reichsarbeitsministerium hat dabei die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß während der Dauer der Schlichtungsverhandlungen jede Verschärfung der Situation unterbleibt; die Parteien haben zugesagt, ihr möglichstes in dieser Hinsicht zu tun.

Die Vertreter des Eisenbahnerverbandes, die am Mittwoch zu Beratungen zusammengetreten waren, haben den Streikenden ihre Sympathie ausgesprochen und sich bei einer Ablehnung der Forderungen nach allgemeiner Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit zur Verbreiterung der Kampfbasis bereit erklärt.

Deutscher Reichstag.

(35. Sitzung.) CB. Berlin, 12. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung forderte der Abg. Könen (Komm.) wiederum die sofortige Behandlung des Eisenbahnerstreiks, der sich außerordentlich verschärft habe. Die Abgeordneten ständen vor der Gefahr, in Berlin sitzen zu bleiben.

Abg. Schumann (Soz.) stellte demgegenüber fest, daß gerade das Gegenteil richtig sei. (Lebhaftes Hört, hört!) Es sei eine Verständigung darüber zustande gekommen, die Differenzen einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das bereits heute beim Arbeitsministerium zusammentreten werde. (Beifall.)

Abg. Koch-Düsseldorf (Dtn.) erhob ebenfalls Protest gegen die falsche Behauptung des Abgeordneten Könen. Er bat den Reichstag dringend, alles zu vermeiden, was in die bevorstehenden Verhandlungen störend eingreifen könnte.

Da Einspruch erhoben wurde, war der kommunistische Antrag erledigt.

Volks-, Berufs- und Betriebszählung.

Auf der Tagesordnung stand als 1. Punkt der Gesetzentwurf über die Volks-, Berufs- und Betriebszählung, die im Juni stattfindet. Der Ausschuß hat beschlossen, die Handwerksbetriebe besonders festzustellen. Ferner wird die Regierung aufgefordert, eine Enquete vorzunehmen, wodurch die Betriebs- und Interessengemeinschaft festgesetzt wird. Die Vorlage wurde nach unerheblicher Debatte in 2. und 3. Beratung angenommen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF